



Berlin, 16. Mai 2017

Effort-Sharing mit Pariser Klimaabkommen in Einklang bringen

Sehr geehrte Frau Collin-Langen,

Am 30. Mai stimmen Sie im Umweltausschuss über die Ambition beim Klimaschutz in den Sektoren außerhalb des Emissionshandels ab – im Rahmen der Verordnung zum sogenannten Effort-Sharing.

Das Effort-Sharing reguliert 60 Prozent der europäischen Treibhausgasemissionen. Damit ist es das größte klimapolitische Instrument der EU und zentral zur Umsetzung der 2030-Ziele. Es setzt den Rahmen für eine Dekarbonisierung in wichtigen Sektoren wie Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude und Abfall. Klimaschutz im Effort-Sharing bedeutet zugleich weniger Luftverschmutzung und Energiearmut und schafft neue Investitionen und Arbeitsplätze.

Die bisher festgelegten Minderungsziele der EU sowohl für 2030 als auch für 2050 sind nicht ausreichend, um die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad bzw. 1,5 Grad zu begrenzen. Deshalb ist es für uns zentral, dass die Ziele angehoben werden. **Die EU muss ihre Klimaziele an die Ergebnisse von Paris anpassen. Das bedeutet, ihr Treibhausgasziel bis 2050 auf mindestens minus 95 Prozent gegenüber 1990 festzulegen und das Ziel für 2030 deutlich anzuheben.** Dementsprechend muss auch das Ziel im Effort-Sharing nach oben korrigiert werden.

Hinzu kommt, dass der Vorschlag der Europäischen Kommission einige Schlupflöcher beinhaltet und von einem unrealistischen Emissionsniveau als Startpunkt für die Minderungen ab 2021 ausgeht. **Deshalb droht mit dem Vorschlag sogar eine Verfehlung des ohnehin schwachen 2030-Klimaziels.** Dem Umweltausschuss im Europäischen Parlament kommt daher eine wichtige Rolle zu, um den unzureichenden Kommissionsentwurf zu stärken und kompatibel mit dem Pariser Klimaabkommen zu machen.

Wir bitten Sie deshalb, im Entwurf insbesondere folgende Punkte zu stärken:

- **Die Anrechnung von Zertifikaten aus dem Landnutzungssektor (LULUCF) und dem Emissionshandel stoppen.** Eine Anrechnung der Zertifikate aus dem Waldbereich ist strikt abzulehnen, da die Qualität solcher Zertifikate und damit die tatsächliche Treibhausgasminderung fraglich ist. Eine Verrechnung würde den Minderungsbeitrag anderer Sektoren reduzieren und damit das EU-Klimaziel gefährden. Auch die Verknüpfung mit dem übergroßen Zertifikateüberschuss im Emissionshandel ist nicht sinnvoll, da dabei ebenfalls wirksamer Klimaschutz lediglich mit heißer Luft ersetzt wird.
- **Den Startpunkt der Emissionsminderung ab 2021 an die realen Treibhausgasemissionen anpassen,** um eine künstliche Vergrößerung des CO₂-Budgets für 2021-2030 zu verhindern. Diese Veränderung würde der Atmosphäre ca. 500 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent ersparen – das ist mehr als die jährlichen CO₂-Emissionen von Großbritannien.
- Um den langfristigen Klimaschutzziele der EU zu entsprechen, sollte das Effort-Sharing um ein **Langfristziel von mindestens 95 Prozent** weniger Treibhausgasemissionen ergänzt werden.
- Entscheidend für die Glaubwürdigkeit der EU in den internationalen Klimaverhandlungen ist zudem, dass in das Effort-Sharing eine **robuste Überprüfungsklausel zur Ambitionssteigerung alle fünf Jahre** eingebaut wird. Damit würde die EU ein deutliches Bekenntnis zur regelmäßigen Ambitionssteigerung im Rahmen des Pariser Klimaabkommens abgeben.
- Die Möglichkeit für Mitgliedstaaten, überschüssige Zertifikate in die CO₂-Budgets der Folgejahre zu übertragen – **sogenanntes Banking** –, **muss auf fünf Prozent begrenzt werden**, um den Aufbau neuer Überschüsse zu verhindern. Diese Stärkung würde 400 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent sparen.

Die Positionierung der deutschen Bundesregierung zum Effort-Sharing weist aus Sicht der Unterzeichnenden in die richtige Richtung, bringt das Effort-Sharing allerdings nicht in Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen. Wir bitten Sie deshalb dringlich, diese Position zu unterstützen und deutlich zu stärken.

Stimmen Sie für ein Effort-Sharing, das die Dekarbonisierung wichtiger Wirtschaftssektoren rechtzeitig auf den Weg bringt.

Mit freundlichen Grüßen

Antje von Broock
Stellv. Bundesgeschäftsführerin
Politik und Kommunikation
BUND

Florian Schöne
Generalsekretär
Deutscher Naturschutzring

Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
Deutsche Umwelthilfe

Dr. Sabrina Schulz
Geschäftsführerin
E3G

Stefan Krug
Leiter der Politischen
Vertretung Berlin
Greenpeace

Dr. Christiane Averbeck
Geschäftsführerin
Klima-Allianz Deutschland

Leif Miller
Bundesgeschäftsführer
NABU

Michael Müller
Bundesvorsitzender
Naturfreunde

Marion Lieser
Geschäftsführerin
Oxfam Deutschland

Christoph Heinrich
Vorstand Naturschutz
WWF